

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640



Erhebt die auf weiteres zur Monats- und Viertel-Verlags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar für die Woche 2.15. 10. 20.000.000 M., durch unsere Abnehmer in der Stadt 20.000.000 M., auf dem Lande 21.000.000 M., durch die Post monatlich entsprechend. Alle Poststellen und Postämter sowie unsere Abnehmer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis für die 6erpaletten Normale 100 M., mit Wochen-Schiffelzahl (Woche n. 1.-3. 10. 100.000) Dienstzeit 250 M., mit Wochen-Schiffelzahl, amliche Anzeigen, die 2erpalette Normale 300 M., mit Wochen-Schiffelzahl, Nachweilungs-Zeitung 100 M., mit Wochen-Schiffelzahl. Anzeigenannahme bis 17 Uhr. Für die Abgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt mit keine Garantie. Jeder Abdruckanspruch ist ausgeschlossen, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Verzug gerät.

Anzeiger der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts u. Stadtrats

zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, des Finanzamts Rössen u. a.

Nr. 118. — 1923 — 82 Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 9. / 10. Oktober.

Die Sonnabend-Rede des Kanzlers.

Am Sonnabend ergriff Reichskanzler Dr. Stresemann im Reichstag das Wort zu seiner großen Regierungserklärung. Auf die kommunistischen Empfindungen: „Der Stimmes-Berichter“, „Die Klänge für Stimmes!“ antwortete Stresemann in seiner geschichtlichen Art. Er wies die Zivilisierten unter heftiger Zustimmung des Hauses zurück.

„Die Regierungsneubildung“

— so begann der Kanzler — hat sich vollzogen auf parteipolitischen Grundlage. Sie hat Veränderungen gebracht in der Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums. Das erste wird geführt von Herrn Dr. Klotz, das Reichsfinanzministerium von dem bisherigen Minister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Luther. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bleibt vorläufig offen; es ist die Absicht der Regierung, es zu besetzen mit einem aus der Landwirtschaft stammenden, mit ihr in engstem Vertrauensverhältnis stehenden Herrn. — Die Vorgänge der letzten Tage haben

eine sehr scharfe Kritik

erfahren. Der Reichsverband der Eisen- und Stahlindustriellen sagt z. B., der Parlamentarismus habe versagt. Gestatten Sie mir, die Gegenfrage zu stellen: Hat denn nicht auch die Wirtschaft versagt, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte? Den Parlamentarismus führt man nicht „ad absurdum“ durch Resolutionen, sondern durch praktische Mitarbeit, indem man zeigt, daß man die Dinge besser zu meistern vermag. Nun eine zweite Frage: Die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen abgespielt haben, geben gewiß auch zu beträchtlicher Kritik Anlaß, aber es ist ein Verstum, wenn es so hingestellt wird, als ob diese ganzen Vorgänge sich lediglich bezogen auf den Kampf um eine andere politische Einstellung. Wir treten an den Reichstag heran, um

ein Ermächtigungsgesetz

zu erhalten, um den Reichstag zu veranlassen, auf ihm verfassungsmäßig zustehende Rechte für längere Zeit zu verzichten, dem Kabinett Vollmachten zu geben, die weit hinausgehen über das, was jemals ein Kabinett an Vollmachten besaß. Diese verfassungsmäßigen Bestimmungen erforderten hier im Hause die Annahme mit Zweidrittelmehrheit. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine Blankovollmacht gegeben werden konnte, sondern daß man sich klar werden mußte wenigstens über die Grundlinien, denen wir in bezug auf Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik folgen mußten, und es handelte sich bei diesem Problem nicht um die Festlegung von Prinzipien — über die könnte man sich leicht einigen — sondern dessen, was praktisch geschehen sollte. Bei der Bedeutung dieser Fragen entstanden die Differenzen, die sich bei der Neubildung der Regierung gezeigt haben.

Mit Bedauern habe ich eine deutschnationale Kritik gelesen, die sagt, die Regierung zeige mehr Vertrauen zum Feinde, als zum eigenen Volke. (Hui-Hui.) Diese Kritik bezog sich auf die Aufgabe des passiven Widerstandes.

Weiter habe ich gelesen, man bedaure, daß die Regierung bei der Aufgabe dieses Widerstandes die materiellen Gesichtspunkte zu sehr in den Vordergrund gestellt, die ideellen zurückgestellt habe. Eine große Kritik, eine sehr weitgehende, spricht davon, daß man Mißerfolg gehabt habe, weil die Erfolglosigkeit der außenpolitischen Wirkung klar zutage trete. Dieser Kritik liegt eine falsche Auffassung zugrunde über die Beweggründe für die Aufgabe des Widerstandes. Das Kabinett fand folgende Situation vor: Der Ruhrkampf war seit Januar geführt worden, geführt unter Bedrückungen und Gewalttätigkeiten. Er hatte eine feilsche Depression ausgelöst, die vielleicht gerade aus der Passivität des Widerstandes hervorging. Der Widerstand war aus der Bevölkerung selbst erwachsen, durch Nachmittage des Staates war er nicht zurückzuführen. Er war von der Regierung unterstützt worden. Die moralische Widerstandskraft eines Volkes, das so viel durchgemacht hatte wie das deutsche, kann schließlich nicht alles auf sich nehmen und wer im Januar gesagt hätte, daß das deutsche Volk neun Monate lang Deraartiges ertragen würde, dem hätte wohl niemand geglaubt, sondern wir alle würden geglaubt haben, daß diese Dinge viel früher ein Ende finden würden.

Wehe demjenigen, der daraus der Bevölkerung einen Vorwurf machen würde

wenn sie hat etwas ertragen, das über das Maß und die Grenze dessen geht, was Menschen irgendwie ertragen können. Wir liegt jede Beschönigung vollkommen fern. Es war infolgedessen klar, daß infolge der Ermattung, die eingetreten war, mit diesem

Widerstand allein Franzosen und Belgier aus dem Einbruchgebiet nicht mehr herauszubringen waren. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch für Deutschland auszunutzen. Wenn wir überhaupt den Wiederaufstieg Deutschlands wollen, so kann dieser nur aus dem Eitlichen hervorgehen.

Ich erwähne das Versagen auf finanziellem und materiellem Gebiet, weil es den Einbruchsmächten anzeigte, wie es mit uns stand. Es fragt sich, ob wir noch weitere diplomatische Erfolge erringen konnten bei dem fortwährenden

Verfall der Währung,

den keine technische Maßnahme aufhalten konnte und der immer weitere Fortschritt machte, woraus man sah, daß Deutschland finanziell am Erliegen war, womit natürlich die Möglichkeit schwand, mit dem passiven Widerstand etwas zu erreichen. Von diesem Augenblick an mußten Bemühungen eintreten, eine Formel zu finden, die uns die Möglichkeit gab, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu politischen Verhandlungen zu benutzen. Diese Aufgabe ist nicht gelöst worden. Wir waren bereit, nach Aufgabe des passiven Widerstandes eine Formel der Industrie anzunehmen, die in ganz anderer Weise die Wiederaufnahme der Arbeit regeln wollte, als es Frankreich verlangte.

Wir haben nicht aufgegeben die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet; wir werden niemals aufgeben den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung.

Unser ist der Boden! Unser ist das Land! Unser ist die Hoheit in diesem Lande! Das bleibt bestehen und das soll bis in alle Zukunft so bleiben.

Unser Wille ist der zur Verständigung. Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes.

Der Kanzler kam dann auf das Verhältnis Bayerns zum Reiche zu sprechen. Er sagte: „Die Rechtslage hinsichtlich des Nebeneinanders der beiden Ausnahmezustände in Bayern und im Reiche kann nicht zweifelhaft sein. Die für das gesamte Reichsgebiet erlassene Verordnung des Reichspräsidenten ist Reichsrecht, welches dem Landesrecht in jeder Form vorgeht, also auch landesrechtlichen Verordnungen, die auf Grund des Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung ergehen.“

Dann fuhr er fort: „Wir brauchen einen

Eingriff in die Preisbildung,

die bei uns Formen angenommen hat, die wir nicht mehr ertragen können (allgemeine stürmische Zustimmung). Wir brauchen Mittel gegen eine Monopolpreisbildung über den Weltmarktpreis hinaus; es geht nicht an, durch Konventionen und Sonderkate den Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben so auszuschalten, wie er jetzt ausgeschaltet ist. Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen; das geht nicht mit dem parlamentarischen Apparat, wie er aufgezogen ist. Dieses Ermächtigungsgesetz müssen Sie uns geben. (Zuruf bei den Kommunisten: Unter der Herrschaft des Belagerungszustandes!) Daß der Belagerungszustand da ist, liegt an Ihnen. (Stürmische, andauernde Unterbrechung und Lärm bei den Kommunisten.) Weshalb ist der Belagerungszustand verhängt? Er ist verhängt gegen die subversiven Tendenzen. . . . Es ist ganz klar, daß der Belagerungszustand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. Unter dem fortwährenden Lärm der Kommunisten schließt der Reichskanzler seine Rede mit dem Satz: Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und der Deutschvölkischen wird die Aussprache über die Regierungserklärung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Das neue Reichskabinett

setzt sich wie folgt zusammen:

Reichskanzler: Dr. Stresemann, zugleich mit der Führung der Geschäfte des Auswärtigen beauftragt,
Reichsminister für Wiederaufbau: Schmidt,
Reichsminister des Innern: Sellmann,
Reichsfinanzminister: Dr. Luther,
Reichswirtschaftsminister: Dr. h. c. Koeth,
Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns,
Reichsjustizminister: Dr. Radbruch,
Reichswehrminister: Dr. Gehler,
Reichspostminister: Doestle,
Reichsverkehrsminister: Defer,
Ernährungsministerium noch unbesezt,
Minister für die besetzten Gebiete: Fuchs.

Curzons Grabrede.

Lord Curzon, der englische Minister des Auswärtigen, hat eine große zweieinhalbstündige — Grabrede gehalten vor der Konferenz der englischen Kolonien und Dominions, die jetzt in London tagt. Eine Grabrede über die englische Politik in Vorderasien und auf dem Kontinent; eine Grabrede über das verlorene Prestige des englischen Weltreiches.

Am 6. Oktober 1904 kam Mustafa Kemal Pascha, der neuen Türkei

Bestreiter und Oberhaupt, an der Spitze seiner siegreichen Truppen in Konstantinopel ein — und Lord Curzon mag über die politische Rechnung Englands in Vorderasien eine Bilanz gezogen haben, die ein ungeheuerliches Debitsaldo aufweist. Man muß nur, als äußeres Zeichen dafür, jetzt in Deutschland sich aufhaltende Türken über England sprechen hören: aus dem Maß gegen dieses Land, das ihre Heimat zerstückeln, zertrümmern, ohnmächtig machen wollte, das unumschränkt ganz Vorderasien zu beherrschen schien, aus der wilden Eut gegen England ist offener Hohn, ist laute Verachtung geworden. Man äußert in diesen Kreisen ganz offen die Wünsche und Hoffnungen auf Indien, auf Ägypten, auf die Befreiung Arabiens und Mesopotamiens, den Anschluß Persiens und Afghanistans an den sich langsam, aber sicher verbreitenden großen islamischen Bund, dessen Haupt, auch mit den älteren Ehren des Kalifats umkleidet, vielleicht schon sehr bald Mustafa Kemal sein wird.

Länger noch als über die zu Grabe getragenen vorderasiatischen Pläne und Hoffnungen mag Lord Curzon gesprochen haben über den Zusammenbruch der englischen Politik auf dem Kontinent, über die Niederlage, die Bonar Law und Baldwin erlitten haben in ihrem Machtkampf mit Poincaré. Ein Machtkampf, der aber nur für Frankreich siegreich endigen konnte, weil Poincaré hinter seine Worte und seine Pläne unbefangenen entschlossenen Willen, England aber, Lord Curzon besonders, hinter seine Reden gar nichts setzte. Tönendes Erz waren sie und wie eine klingende Schelle. Curzon mußte zugeben, daß die englischen Abmachungen an Frankreich nichts genügt hatten, daß ebenso die Abmachungen, jetzt, nach Aufgabe des passiven Widerstandes durch Deutschland, wirtschaftliche Benutzungen wälten zu lassen, unbeachtet bleiben. Und er, der Deutschland allein ringen ließ um sein Dasein, nicht jetzt pastorale Töne verwunderter Entsetzens in seine Grabrede, weil in Deutschland nach diesem Zusammenbruch das Chaos droht.

Und darum ersticht er von Frankreich die Vorlesung von Plänen, wie es sich nun eigentlich die weitere Entwicklung im Ruhrgebiet denke, schwingt sich sogar zu dem Satz auf, daß England in Köln bleiben würde, um zu verhindern, daß die Regelung ohne unsere Mitwirkung geschehe. Um sofort das abzuschwächen durch die Erklärung, daß man nicht daran denke, Deutschlands Partei zu ergreifen oder gar Frankreich dessen zu berauben, was ihm gebührt. Und beklagt schließlich bitterlich, daß alle auch so gut gemeinten Vorschläge Englands an Frankreich und Belgien, wie nun das ganze Reparationsproblem weiter behandelt werden sollte, nicht auf die geringste Gegenliebe gestoßen, von ihnen mehr oder minder schroff abgelehnt worden seien.

Dann bricht er ab; was soll er auch vor den Vertretern der Kolonien diese gewaltige englische Niederlage noch breiter darlegen? Auf das Prestige englischen Herrtums, auf den englischen Schiffskanonon ist dieses Weltreich errichtet, seit Nelson bei Trafalgar den französischen Nebenbuhler um die Herrschaft der Welt endgültig vernichtete. 120 Jahre später ist dieser englische Sieg weitgemacht; wieder durch Kanonen, die von Galais aus England beherrschen, durch Flugzeuge, die die unangreifbare Stellung der Insel England zu einer Illusion machen. Napoleon, der den Kontinent beherrschte, vermochte England nicht unter seine Faust zu hegen; Poincaré ist auch dies gelungen. Denn Lord Curzon „bittet“, „schlägt vor“, „erucht in aller Freundschaft“ — und Poincaré wird diese Bitten, Vorschläge und dieses Ersuchen soweit erfüllen, als es ihm beliebt. Nicht mehr und nicht weniger.

Das alles, weil England die traditionelle Politik der letzten 150 Jahre verlassen hat; niemand auf dem Kontinent Alleinherrscher werden zu lassen. Aus wirtschaftlichem Konkurrenzneid gegen Deutschland ist man von dieser Linie abgewichen, und darum mußte jetzt Lord Curzon seine Grabrede halten.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Wieder Verdoppelung der Bahnentgelte.

Vom Mittwoch, den 10. Oktober, ab werden die Schüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 60, im Güterverkehr 72 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die außerordentliche Geldentwertung der letzten Tage noch nicht berücksichtigt.

Der letzte Satz der vorstehenden amtlichen Mitteilung scheint weitere Steigerungen anzukündigen.

Christlich-soziale Stellungnahme in Bayern.

Der Landesvorstand der christlichen sozialen Partei trat in München zu einer Sitzung zusammen, in der sie zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung nahm. Nach einem Referat des Landesvorsprechenden Aral wandte sich die Landesvorstandschaft gegen die Rechtsbewegung, deren Ziel der Kampf gegen die Demokratie und gegen den Einfluß der arbeitenden Stände auf Verfassung und Gesetzgebung, die Abschaffung der Volks- und Arbeiterrechte und die Wiedereinführung der Monarchie in Bayern und im Reiche sei. Vorbedingung für Deutschlands Einheit und Rettung sei soziale Gerechtigkeit, Zurückstellung des Kampfes in Verfassungsfragen und Gerechtigkeit gegen alle Volksgenossen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Das neue zweite Kabinett Stresemann wurde unter Ausschreiben des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Gifferting auf Grundlage der bisherigen Großen Koalition gebildet, und der Reichskanzler gab sodann seine Erklärungen vor dem Reichstag ab.

In Bayern ist der Druck und die Verbreitung aller kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften verboten worden.

Am 10. Oktober soll eine abermalige Verdoppelung der Eisenbahntarife in Kraft treten.